

Pressemitteilung

Medizinstudierende gegen Landarztquote in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg, 13. September 2019

Die medizinischen Fachschaften Heidelberg, Mannheim, Ulm, Freiburg und Tübingen kritisieren die geforderte Einführung einer Landarztquote in Baden-Württemberg, über die in der kommenden Woche im Kabinett entschieden werden soll.

„Es verwundert sehr, dass insbesondere die CDU auf derart Berufs- und Ausbildungsfreiheit einschränkende Quoten setzt, sonst aber vehement jede planwirtschaftlich anmutende Maßnahme konsequent ablehnt“, kritisiert Tobias Henke, Medizinstudent aus Freiburg und designiertes Vorstandsmitglied in der Bundesvertretung der Medizinstudierenden Deutschlands. „Die blanke Hilflosigkeit nach jahrelanger Vernachlässigung des ländlichen Raumes, nicht nur im Ländle, offenbart sich zusehends.“

Eine Landarztquote stellt keine Problemlösung dar.

Auch die CDU in Baden-Württemberg versucht zunehmend, die vermeintliche Lösung „Landarztquote“ in die neuen Regelungen zur Medizinzulassung gegen den Widerstand der Grünen durchzudrücken.

Die Quote setzt zum falschen Zeitpunkt an, adressiert die falsche Gruppe und ist sozialpolitisch in hohem Maße ungerecht. Die CDU argumentiert mit Alterungsprozessen und Bevölkerungsentwicklungsdaten zum Jahr 2030. Es sollte ihr klar sein, dass selbst bei sofortiger Einführung einer Landarztquote 2030 noch keine Ärztinnen und Ärzte aus dieser Quote zur Verfügung stünden, da die gesamte Ausbildungsdauer durchschnittlich 12 bis 15 Jahre beträgt. In diesem Zeitraum ist durch die Quote keine Entlastung der heute schon bestehenden Versorgungsengpässe möglich. Auch haben Studierende zu Beginn des Studiums selten konkrete Ziele, in welchem Fachgebiet sie später arbeiten möchten. Ungefähr die Hälfte der Studierenden lehnt eine Tätigkeit im ländlichen Raum ab. Durch die Vermischung der Strukturpolitik mit der Hochschulzulassung werden sich aber auch diese auf die Quote bewerben, um die eigenen Studienplatzchancen zu erhöhen. Studierende aus finanziell besser situierten Haushalten können sich daraufhin am Ende des Studiums freikaufen, schlechter gestellte Studierende müssen trotz fehlendem Interesse an einer Region oder einem Fachgebiet in diesem arbeiten.

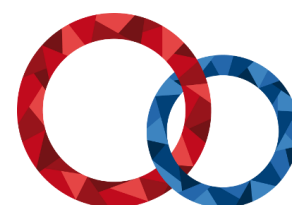
Die „Landarztquote“ in Baden-Württemberg wird, wie von CDU-Landtagsfraktion intendiert, eine Signalwirkung haben – allerdings ein Signal, welches den ländlichen Raum als derart unattraktiv darstellt, dass nur noch Zwangsmaßnahmen wirksam zu sein scheinen. Dieses Narrativ torpediert jegliche Bemühung, die Allgemeinmedizin im ländlichen Raum als attraktives Berufsbild zu etablieren.

Die medizinischen Fachschaften in Baden-Württemberg fordern, die Versorgungssituation mit innovativen und gezielten Ansätzen wie der Verbesserung der Lehr- und Weiterbildungssituation, der Strukturstärkung mit integrierten Versorgungsmodellen oder interprofessionellen Gemeinschaftspraxen zu verbessern und von wirkungsloser Symbolpolitik abzusehen.

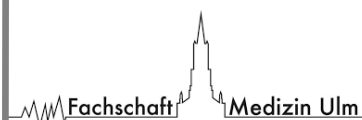
Weitere Informationen:

- (1) [Pressemitteilung der Bundesvertretung der Medizinstudierenden Deutschlands e.V. \(bvmd\) zur Landarztquote in Bayern und BW](#)
- (2) [PM der Fachschaften zu Kapazitätserweiterung+LAQ in BW](#)

Ansprechpartner für Rückfragen: Anaïs Lins, pr@bvmd.de



FS MED



Im Bund repräsentiert durch die:

